



Landeshauptstadt
München

Rathaus

Umschau

Freitag, 5. Juni 2020

Ausgabe 105

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Meldungen	2
› Eintägige Erlebnisreisen in den Sommerferien	2
› Filmmuseum München setzt Online-Programm fort	2
Antworten auf Stadtratsanfragen	3
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Meldungen

Eintägige Erlebnisreisen in den Sommerferien

(5.6.2020) Das Programmheft der Eintägigen Erlebnisreisen des Stadtjugendamtes München für die Sommerferien 2020 liegt jetzt vor. Auch in diesem Jahr finden wieder viele tolle Erlebnisreisen und Aktionswochen für Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 14 Jahren statt, die im Stadtgebiet von München wohnen.

Die Ausflüge sind in Bus- und Stadtreisen für verschiedene Altersgruppen unterteilt. Bei den Busreisen kann zwischen Tier- und Naturerlebnissen, sportlichen Aktionsausflügen, Kreativprogrammen und Museumsbesuchen ausgewählt werden.

Außerdem haben Kinder und Jugendliche von sieben bis 14 Jahren wieder die Möglichkeit, bei vier Aktionswochen mitzumachen, die jeweils fünf Tage am Stück und ohne Übernachtung stattfinden.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde das Programm entsprechend angepasst und die Ausflüge finden unter veränderten Bedingungen statt. Auch kann es aufgrund aktueller Entwicklungen zu kurzfristigen Absagen oder Änderungen des Programms kommen. Das Programmheft sowie alle aktuellen Infos können online unter www.muenchen.de/ferienangebote abgerufen werden. Der Kartenverkauf für die Eintägigen Erlebnisreisen in den Sommerferien beginnt am Samstag 20. Juni, ab 10 Uhr über München Ticket an einer der Vorverkaufsstellen, telefonisch unter 54818181 oder unter www.muenchenticket.de.

Filmmuseum München setzt Online-Programm fort

(5.6.2020) Nach der Hommage zum 75. Geburtstag von Rainer Werner Fassbinder setzt das Filmmuseum München die laufenden Reihen online unter <https://vimeo.com/filmmuseummuenchen> fort: Vom New Yorker Independent-Filmer Mark Rappaport kommt unter anderem ein außergewöhnliches Porträt von Jean Seberg, Werner Herzog hält eine Filmstunde zur Kunst der Illusion, und in der Reihe „Restaurierungen des Filmmuseums München“ läuft „Gesetze der Liebe“, ein Film des wegweisenden Sexualforschers Magnus Hirschfeld.

Das Kino des Filmmuseums am St-Jakobs-Platz wird voraussichtlich Anfang Juli unter veränderten Bedingungen wieder öffnen. Das Programm wird rechtzeitig bekannt.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 5. Juni 2020

Erhalt bayrischer Kulturgüter I – Münchner Schulen sollen den Münchner Dialekt als Wahlfach oder Arbeitsgemeinschaft anbieten

Antrag Stadtrat Manuel Pretzl (CSU-Fraktion) vom 26.2.2020

Erhalt bayrischer Kulturgüter II – Münchner Schulen sollen Schafkopfen anbieten

Antrag Stadtrat Manuel Pretzl (CSU-Fraktion) vom 26.2.2020

Erhalt bayrischer Kulturgüter I – Münchner Schulen sollen den Münchner Dialekt als Wahlfach oder Arbeitsgemeinschaft anbieten

Antrag Stadtrat Manuel Pretzl (CSU-Fraktion) vom 26.2.2020

Antwort Stadtschulrätin Beatrix Zurek:

Nach §60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Bei den von Ihnen mittels Antrag vom 26.2.2020 vorgebrachten Anregungen handelt es sich jedoch um eine laufende Angelegenheit, die für die Stadt München keine grundsätzliche Bedeutung hat und auch keine erhebliche Verpflichtung erwarten lässt. Daher obliegt deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und §22 GeschO dem Oberbürgermeister, weshalb eine Beantwortung auf diesem Wege erfolgt.

In Ihrem Antrag bitten Sie darum, dass die Landeshauptstadt München an ihren Schulen „Bayerisch“ als Wahlfach, Arbeitsgemeinschaft oder ähnliches anbieten. Kindern und Jugendlichen soll in diesen Kursen vor allem der Münchner Dialekt dadurch näher gebracht werden, dass die Unterschiede zum Hochdeutsch in Phonologie, Grammatik, Syntax, Lexik und Idiomatik verdeutlicht werden.

Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Die städtischen Realschulen und Schulen besonderer Art und die städtischen Gymnasien bieten je nach Bedarf und Möglichkeiten immer wieder Wahlkurse zum Thema bairische Sprache an, so z.B. in Form des Schulspiels, des Leseclubs oder in Vorbereitung auf Veranstaltungen und Feste. Bei den städtischen Gymnasien findet sich das Thema auch in den Deutschlehrplänen. Die Nachfrage bei Schülerinnen und Schülern fällt allgemein eher gering aus.

Im Bezug auf die staatlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen muss ich darauf hinweisen, dass die Landeshauptstadt München als Sachaufwands-trägerin dafür verantwortlich ist, den Schulen den erforderlichen Schulraum zur Verfügung zu stellen. Weil es sich bei der Einführung von Wahlfächern, Arbeitsgemeinschaften oder ähnlichem um eine Angelegenheit handelt, die sich im originären Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern befindet, haben sich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hierzu mit dem Staatlichen Schulamt in der Landeshauptstadt München in Verbindung gesetzt.



Das Staatliche Schulamt hat mitgeteilt, dass die Förderung des Münchner Dialekts an den staatlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen durchaus wünschenswert wäre. Hierzu hat auch das ISB eine Handreichung zur Förderung des Dialekts an Schulen herausgegeben. Um ein Wahlfach zu installieren, muss das Staatsministerium für Unterricht und Kultus entsprechende Voraussetzungen schaffen, die Schule oder das Staatliche Schulamt kann dies nicht in eigener Verantwortung anbieten.

Über die Installation von Arbeitsgemeinschaften entscheidet die Schule in Eigenverantwortung – dies tut sie abhängig von der Anzahl der Unterrichtsstunden, die sie dafür im Einzelfall erhält. Eine allgemeine Empfehlung zur Pflege des Kulturguts Dialekt ist durch die Handreichung bereits ausgesprochen, es braucht dazu allerdings auch Lehrpersonal, das des Dialekts mächtig ist, diese Personengruppe ist an vielen Schulen nicht mehr vorhanden.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Erhalt bayrischer Kulturgüter II – Münchner Schulen sollen Schafkopfen anbieten

Antrag Stadtrat Manuel Pretzl (CSU-Fraktion) vom 26.2.2020

Antwort Stadtschulrätin Beatrix Zurek:

Nach §60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Bei den von Ihnen mittels Antrag vom 26.2.2020 vorgebrachten Anregungen handelt es sich jedoch um eine laufende Angelegenheit, die für die Stadt München keine grundsätzliche Bedeutung hat und auch keine erhebliche Verpflichtung erwarten lässt. Daher obliegt deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und §22 GeschO dem Oberbürgermeister, weshalb eine Beantwortung auf diesem Wege erfolgt.

In Ihrem Antrag bitten Sie darum, dass die Landeshauptstadt München an ihren Schulen „Schafkopfen“ als Wahlfach, Arbeitsgemeinschaft oder ähnliches anbieten.

Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Die städtischen Realschulen und Schulen besonderer Art sowie die städtischen Gymnasien bieten je nach Bedarf und Möglichkeiten immer wieder Schafkopfen an. So geschieht dies beispielsweise im Rahmen von Projekttagen und -wochen oder als freiwilliges Wahlfach. Bei den städtischen Gymnasien findet sich das Thema Brauchtum auch in den Deutschlehrplänen. Das Interesse der Schülerinnen und Schüler fällt in der Regel allerdings eher gering aus.

Im Bezug auf die staatlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen muss ich darauf hinweisen, dass die Landeshauptstadt München als Sachaufwandsträgerin dafür verantwortlich ist, den Schulen den erforderlichen Schulraum zur Verfügung zu stellen. Weil es sich bei der Einführung von Wahlfächern, Arbeitsgemeinschaften oder ähnlichem um eine Angelegenheit handelt, die sich im originären Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern befindet, haben sich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hierzu mit dem Staatlichen Schulamt in der Landeshauptstadt München in Verbindung gesetzt.

Das Staatliche Schulamt hat mitgeteilt, dass die Förderung des Schafkopfens an den staatlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen durchaus wünschenswert wäre. Um ein Wahlfach zu installieren, muss das Staatsminis-



terium für Unterricht und Kultus entsprechende Voraussetzungen schaffen, die Schule oder das Staatliche Schulamt kann dies nicht in eigener Verantwortung anbieten. Über die Installation von Arbeitsgemeinschaften entscheidet die Schule in Eigenverantwortung – dies tut sie abhängig von der Anzahl der Unterrichtsstunden, die sie dafür im Einzelfall erhält.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Freitag, 5. Juni 2020

Neue Münchner Mischung für städtische Flächen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Simone Burger, Nikolaus Gradl, Christian Müller, Andreas Schuster, Micky Wennigatz (SPD/Volt – Fraktion) und Paul Bickelbacher, Anna Hanusch, Angelika Pilz-Strasser, Florian Schönemann, Bernd Schreyer, David Süß (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Förderprogramm zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sofort in Anspruch nehmen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Ulrike Grimm, Hans Hammer, Manuel Pretzl, Sebastian Schall und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion)

Förderprogramm zum Ausbau der Fahrzeugflotte und Anschaffung von E-Bussen sofort in Anspruch nehmen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Ulrike Grimm, Hans Hammer, Manuel Pretzl, Sebastian Schall und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion)

Auswirkungen der Änderung bei den Ampelschaltungen ehrlich darstellen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Fabian Ewald, Ulrike Grimm, Hans Hammer, Jens Luther, Manuel Pretzl, Sebastian Schall und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion)

Ersparnis durch die Übernahme der Kosten für Unterkunft durch den Bund in der Landeshauptstadt München darstellen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Babor, Michael Dzeba, Alexandra Gaßmann, Winfried Kaum und Jens Luther (CSU-Fraktion)

Die noch vorhandenen Taxistandplätze in der Innenstadt erhalten

Antrag Stadtrat Andreas Babor (CSU-Fraktion)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 05.06.2020

Neue Münchner Mischung für städtische Flächen

Antrag:

Der Anteil des geförderten Wohnungsbaus (EOF, MM Miete und MM Genossenschaften) auf städtischen Flächen wird von 50% auf 60% erhöht. Die 40% verbleiben für den Konzeptionellem Mietwohnungsbau (KMB).

Die Vergabe von städtischen Grundstücken erfolgt ab sofort nur im Rahmen des Erbbaurechts – vorrangig an genossenschaftliche, gemeinwohlorientierte Wohnungsbaugesellschaften - und mit Verpflichtungen (Garantien) für bezahlbare Mietobergrenzen und dauerhafte Bindungen.

Begründung:

In der aktuell weiterhin hoch angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt in München müssen klare Prioritäten gesetzt werden. Deshalb setzen wir auf städtischen Flächen zu 100% auf Mietwohnungsbau. Für Beschäftigte mit normalen Einkommen ist die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft die beste und realistische Möglichkeit, die Sicherheit die Eigentum bietet durch ein Dauerwohnrecht zu erreichen. Daher soll auf den Flächen der Stadt in Zukunft nur noch Mietwohnungsbau mit dauerhaft gesicherten Mietobergrenzen entstehen und Genossenschaften als wichtige Akteure damit gestärkt werden.

gez.
(Initiative)

Christian Müller
Simone Burger
Kathrin Abele
Andreas Schuster
Micky Wenngatz
Nikolaus Gradl

Anna Hanusch
Paul Bickelbacher
Bernd Schreyer
Florian Schönemann
David Süß
Angelika Pilz-Strasser

Fraktion SPD/Volt

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Prof. Dr. Hans Theiss
Stadträtin Sabine Bär
Stadtrat Sebastian Schall
Stadtrat Hans Hammer
Stadträtin Ulrike Grimm

ANTRAG

05.06.2020

Förderprogramm zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sofort in Anspruch nehmen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtwerke München (SWM) werden aufgefordert, die angekündigten Hilfen aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung für die Modernisierung der Fahrzeugflotte und den Ausbau moderner und sicherer Ladesäulen-Infrastruktur in Anspruch zu nehmen.

Begründung:

Die Koalitionspartner auf Bundesebene haben sich auf ein umfassendes Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket sowie ein Zukunftspaket geeinigt.

Hierbei will der Bund zusätzlich 2,5 Milliarden Euro in den Ausbau moderner und sicherer Ladesäulen-Infrastruktur investieren.

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur als notwendige Voraussetzung zum Hochlauf der E-Mobilität wird beschleunigt. Dazu soll der Masterplan Ladeinfrastruktur zügig umgesetzt werden. Insbesondere soll das einheitliche Bezahlssystem für Ladesäulen nun zügig umgesetzt werden. Durch eine Versorgungsaufgabe soll geregelt werden, dass an allen Tankstellen in Deutschland auch Ladepunkte angeboten werden. Der Aufbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur (zum Beispiel bei Kitas, Krankenhäusern, Stadtteilzentren, Sportplätzen) wird im Rahmen des Masterplans intensiviert.

Diese Mittel müssen durch die SWM als Anbieter von Ladeinfrastruktur für E-Mobilität in München unbedingt auch für die zukünftigen Investitionen in unserer Stadt in Anspruch genommen werden.

Initiative:

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Hans Theiss
Stadtrat

Sabine Bär
Stadträtin

Sebastian Schall
Stadtrat

Hans Hammer
Stadtrat

Ulrike Grimm
Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Prof. Dr. Hans Theiss
Stadträtin Sabine Bär
Stadtrat Sebastian Schall
Stadtrat Hans Hammer
Stadträtin Ulrike Grimm

ANTRAG

05.06.2020

Förderprogramm zum Ausbau der Fahrzeugflotte und Anschaffung von E-Bussen sofort in Anspruch nehmen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) wird aufgefordert, die angekündigten Hilfen aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung für die Modernisierung der Fahrzeugflotte und die Anschaffung von E-Bussen und den Ausbau der Ladeinfrastruktur sofort in Anspruch zu nehmen.

Begründung:

Die Koalitionspartner auf Bundesebene haben sich auf ein umfassendes Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket sowie ein Zukunftspaket geeinigt.

Hierbei will der Bund in ein „Bus- und LKW-Flotten-Modernisierungs-Programm“ investieren, das privaten und kommunalen Betreibern zur Förderung alternativer Antriebe gleichermaßen offen steht. Um die Nachfrage nach E-Bussen zu erhöhen und den Stadtverkehr umweltfreundlicher zu machen, wird außerdem die Förderung für E-Busse und deren Ladeinfrastruktur bis Ende 2021 befristet aufgestockt.

Diese Mittel müssen durch die MVG als Anbieter des öffentlichen Busverkehrs in München unbedingt auch für die zukünftigen Investitionen in unserer Stadt in Anspruch genommen werden.

Initiative:

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Hans Theiss
Stadtrat

Sabine Bär
Stadträtin

Sebastian Schall
Stadtrat

Hans Hammer
Stadtrat

Ulrike Grimm
Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Prof. Dr. Hans Theiss
Stadträtin Sabine Bär
Stadtrat Sebastian Schall
Stadtrat Hans Hammer
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadtrat Fabian Ewald
Stadtrat Jens Luther

ANTRAG

05.06.2020

Auswirkungen der Änderung bei den Ampelschaltungen ehrlich darstellen

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Kreisverwaltungsreferat stellt die Auswirkungen der Änderungen in den Ampelschaltungen auf der Prinzregentenstraße mit den Zubringerstraßen ehrlich dar. Sollten sich massive Stauungen ergeben, ist durch das KVR sofort gegen zu steuern und die Rot-Grün-Phasenschaltungen zugunsten des besseren Verkehrsflusses unverzüglich zu ändern.

Begründung:

Der Start der Änderungen der Ampelphasen, mit dem Ziel von längeren Rot-Phasen auf der Hauptverkehrsstraße Prinzregentenstraße im Abschnitt zwischen Grillparzer- und Ismaninger Straße ist in den Pfingstferien mit weniger durchschnittlichen Autobelastungen nicht repräsentativ. Massiver werden die Auswirkungen in der normalen Zeit. Das zuständige Kreisverwaltungsreferat hat daher die Auswirkungen genauestens und tagesaktuell zu beobachten, um bei großen Stauungen sofort entgegen zu wirken. Denn mehr Staus bedeuten auch höhere Schadstoffausstoße in diesem Bereich und damit wieder eine Verschlechterung der Luftqualität. Der Verkehr soll fließen und nicht stehen.

Initiative:

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Hans Theiss
Stadtrat

Sabine Bär
Stadträtin

Sebastian Schall
Stadtrat

Hans Hammer
Stadtrat

Ulrike Grimm
Stadträtin

Fabian Ewald
Stadtrat

Jens Luther
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Alexandra Gaßmann
Stadtrat Jens Luther
Stadtrat Michael Dzeba
Stadtrat Andreas Babor
Stadtrat Winfried Kaum

ANTRAG

05.06.2020

Ersparnis durch die Übernahme der Kosten für Unterkunft durch den Bund in der Landeshauptstadt München darstellen

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Münchner Stadtrat wird dargestellt wie sich die angekündigten Hilfen aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung für die Übernahme der Kosten für Unterkunft in der Grundsicherung für Arbeitssuchende in München auswirken. Es soll dargestellt werden, welche Mittel und in welcher Höhe dadurch mehr für den städtischen Haushalt zur Verfügung stehen.

Begründung:

Die Koalitionspartner auf Bundesebene haben sich auf ein umfassendes Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket sowie ein Zukunftspaket geeinigt.

Hierbei will der Bund zur Stärkung der Kommunen angesichts der dort ebenfalls auftretenden Steuerausfälle dauerhaft weitere 25% und insgesamt bis zu 75% der Kosten der Unterkunft im bestehenden System übernehmen. Es soll dabei verhindert werden, dass die Leistungen für Unterkunft und Heizung künftig im Auftrag des Bundes erbracht werden.

Der Bund meint richtig, dass die Kommunen den örtlichen Wohnungsmarkt am besten kennen und deswegen weiterhin für diese Leistungen verantwortlich sein sollen. Daher wird der Bund die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende bis zu 75% tragen kann, bevor Bundesauftragsverwaltung eintritt.

Dies wird eine finanzielle Entlastung für die Stadt München mit insgesamt sehr hohen Kosten für Wohnraum bringen. Diese Mittel müssen frühzeitig in der Höhe klar definiert werden, damit dies auch im Gesamtstädtischen Haushalt berücksichtigt werden kann.

Initiative:

Alexandra Gaßmann
Stadträtin

Jens Luther
Stadtrat

Michael Dzeba
Stadtrat

Andreas Babor
Stadtrat

Winfried Kaum
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Andreas Babor

ANTRAG

05.06.2020

Die noch vorhandenen Taxistandplätze in der Innenstadt erhalten

Der Stadtrat möge beschließen:

Die ohnehin wenigen Taxistandplätze vor allem in der Innenstadt sind zu erhalten.

Begründung:

Viele ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätsbeschränkungen fühlen sich vom gesellschaftlichen Leben in der Stadt ausgeschlossen, weil ihnen die Fortbewegung immer schwerer fällt. Ein Veranstaltungsort oder auch die Wohnung von Familienmitgliedern können manchmal geradezu unerreichbar erscheinen, wenn kein Auto zur Verfügung steht und es keine geeigneten Verbindungen mit dem öffentlichen Nahverkehr gibt.

Entsprechende Bürger und Bürgerinnen sind häufig auf eine Beförderung mit dem Taxi angewiesen. Gerade in den späten Stunden ist das Angebot mit öffentlichen Verkehrsmitteln eingeschränkt oder es erfordert lange Wartezeiten. Zudem sind Wohnorte außerhalb des Bereichs der Innenstadt oftmals noch unzureichend an das Netz der U-/S-Bahn/Bus/Tram angeschlossen.

Durch eine weitere Reduzierung der Taxiplätze werden Menschen, die sich nicht oder nicht mehr mit einem eigenen Fahrzeug oder mit U-Bahn/Bus/Tram fortbewegen können, am gesellschaftlichen Leben in der Stadt ausgeschlossen.

Dies gilt es zu verhindern. Die Innenstadt muss für alle Bürger und Bürgerinnen erreichbar und nutzbar bleiben.

Andreas Babor
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Freitag, 5. Juni 2020

**Bund stellt 2,5 Milliarden Euro für den Nahverkehr in
Deutschland bereit**

Pressemitteilung MVG

MVG Information für die Medien

4.6.2020

Bund stellt 2,5 Milliarden Euro für den Nahverkehr in Deutschland bereit

Die Bundesregierung hat gestern am späten Abend beschlossen, sich mit insgesamt 2,5 Milliarden Euro an einem ÖPNV-Rettungsschirm zu beteiligen, um die Folgen für den öffentlichen Nahverkehr durch die Corona-Pandemie einzudämmen. „Wir begrüßen das Ergebnis des Koalitionsausschusses sehr und bedanken uns bei der Bundesregierung für die Unterstützung“, erklärt der Chef der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), Ingo Wortmann.

Allein bei U-Bahn, Tram und Bus in München werden die Mindereinnahmen bis Jahresende ersten Berechnungen zufolge voraussichtlich 180 Millionen Euro betragen. Das liegt auch daran, dass während der Krise deutlich mehr Angebot gefahren wird als aufgrund der stark eingebrochenen Fahrgastnachfrage gerechtfertigt wäre. Dies war und ist politisch gewünscht und auch notwendig, um die Menschen in systemrelevanten Berufen mit ausreichendem Abstand in den Fahrzeugen zur Arbeit zu bringen. Inzwischen fahren Busse und Bahnen wieder nahezu im Regelbetrieb.

Ein solches Angebot ohne die entsprechenden Ticketeinnahmen über Monate aufrecht zu erhalten, ist wirtschaftlich nicht zu stemmen. Daher ist der von den Ländern in den Sitzungen von Verkehrsminister- und Finanzministerkonferenz einstimmig beschlossene und nun vom Bund zur Hälfte finanzierte ÖPNV-Rettungsschirm zwingend notwendig. „Wir setzen darauf, dass der Freistaat Bayern nun sehr zeitnah eine analoge Finanzierung der anderen Hälfte aus eigenen Haushaltsmitteln in die Wege leiten wird“, ergänzt Wortmann. Die Voraussetzungen dazu wird der Bund nach dem gestrigen Beschluss in einer Bundesrahmenregelung erarbeiten.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de